

Motion Fraktion SP/JUSO (Miriam Schwarz/Ruedi Keller, SP) vom 31. März 2005: Empowerment-Projekte für Schulabgängerinnen und Schulabgänger; Abschreibung

Am 27. April 2006 hat der Stadtrat die folgende Motion Fraktion SP/JUSO (Miriam Schwarz/Ruedi Keller, SP) vom 31. März 2005 betreffend Empowerment-Projekte für Schulabgängerinnen erheblich erklärt:

Die beruflichen und Arbeitsplatz-Perspektiven für Menschen ohne Ausbildung sind heute und in Zukunft schlecht. Deshalb ist es wichtig, dass eine möglichst gute berufliche Grundausbildung für alle möglich ist. Nur so kann eine kontinuierliche Aus- und Weiterbildung überhaupt erfolgreich sein.

Der Übergang von der Volksschule in die Sekundarstufe II ist deshalb eine sehr wichtige Schnittstelle im Leben eines jungen Menschen (siehe auch Antwort auf die Motion „Mentoringprogramme für Jugendliche auf Lehrstellensuche“). Jugendliche am Abschluss der Volksschule brauchen Vorbilder und Unterstützung durch erfolgreiche Jugendliche. Diese können ihnen Wege, Möglichkeiten und Unterstützung bei der Suche nach Lösungen nach der obligatorischen Schulzeit bieten. Für Lehrpersonen sind sie eine zusätzliche Unterstützung und ein wichtiges Angebot bei der Gestaltung des schulischen Unterrichtes am Übergang von der Sek I- zur Sek II-Stufe.

Seit 1998 besteht „Wisniña – Migrantinnen zwischen Schule und Beruf“. Es ist ein Produkt der Migrantinnen-Werkstatt „Wisdonna“, ein Empowerment-Programm für junge Migrantinnen am Ende der obligatorischen Schulzeit. Junge erfolgreiche Migrantinnen in der Sek II-Stufe werden zu Multiplikatorinnen ausgebildet, die „Wisniñas“. Sie erfahren eigenes Empowerment (Verstärken der Stärken, um Schwächen auszugleichen) und bekommen Kenntnisse und Fähigkeiten vermittelt, um fundierte Informationen spannend vermitteln zu können. Anschliessend werden die „Flying Wisniñas“ als Multiplikatorinnen in Schulen und Bildungsinstitutionen eingesetzt. Dort gestalten sie Doppellektionen zum Thema „Migrantinnen und Berufsausbildung“. Sie zeigen auf, wie sie in ihrem Leben mit Schwierigkeiten und Barrieren umgegangen sind und wie sie erfolgreich in die Berufsbildung eingestiegen sind.

Insbesondere für viele Migrantinnen wird der Übergang von der Schule zum Beruf oft zum Stolperstein. Sie stolpern besonders über strukturelle Schranken im (Berufs-) Bildungswesen, auf dem Arbeitsmarkt und im Verhältnis der Geschlechter. Untersuchungen zeigen, dass Migrantinnen dreimal so häufig ohne Berufsausbildung bleiben wie Schweizerinnen. Auch im Vergleich mit männlichen Jugendlichen mit Migrationshintergrund stehen sie schlechter da.

Eine Überführung des Angebots in eine ordentliche Struktur scheint angesichts des bisherigen Erfolges angebracht. Gleichzeitig müssen Angebote für weitere Zielgruppen koordiniert und ev. „Lücken“ sinnvoll gefüllt werden (Massnahmenpaket 6 „Schnittstelle Sekundarstufe I und Sekundarstufe II“ der Bildungsstrategie der Stadt Bern sowie entsprechende Massnahmen der kantonalen Bildungsstrategie).

Der Gemeinderat wird aufgefordert, folgende Massnahmen einzuleiten:

1. Weiterführung von „Wisniña“ für lehrstellensuchende Migrantinnen und Integration in das reguläre Angebot der Stadt Bern.

2. Aufbau von ähnlichen Angeboten für alle Jugendliche an der Schnittstelle von Sek I zu Sek II.
3. Vorstellig werden bei den kantonalen Behörden, damit diese Angebote als Verbundaufgaben gelöst werden können und Kontinuität gewährleistet ist.

Weil diese Massnahmen in die Kompetenz des Gemeinderates fallen, erhält diese Motion die Bedeutung einer Richtlinie.

Bern, 31. März 2005

Motion Fraktion SP/JUSO (Miriam Schwarz/Ruedi Keller, SP), Beni Hirt, Sarah Kämpf, Maya Widmer, Gisela Vollmer, Giovanna Battagliero, Andreas Krummen, Stefan Jordi, Rolf Schuler, Margrit Stucki-Mäder, Liselotte Lüscher, Béatrice Stucki, Annette Lehmann, Beat Zobrist, Michael Aebersold, Christof Berger, Andreas Flückiger, Margrith Beyeler-Graf, Raymond Anliker, Corinne Mathieu, Thomas Götting

Bericht des Gemeinderats

Die Motion wurde am 27. April 2006 vom Stadtrat mit 42 Ja zu 14 Nein bei 4 Enthaltungen erheblich erklärt.

Die in der Motion aufgenommenen Probleme wurden seither auf allen drei politischen Ebenen bearbeitet. Heute besteht bei Bund, Erziehungsdirektorenkonferenz EDK, Kanton Bern und Gemeinden Konsens, dass die Schnittstelle zwischen der Sekundarstufe I und der Sekundarstufe II mit geeigneten Massnahmen zu einer Nahtstelle gemacht werden muss. Jugendliche haben für diesen wichtigen Übergang bedarfsgerechte, individuelle Begleitung und Betreuung nötig, zumal viele von zuhause nicht mehr die nötige Unterstützung erhalten. Die EDK und der Kanton Bern haben zudem zum Ziel, dass alle Jugendlichen einen Abschluss auf der Sekundarstufe II erreichen sollen. Mit dieser Massnahme kann die Armutsspirale durchbrochen und können junge Erwachsene befähigt werden, ihr Leben selbständig zu bewältigen. Die Stadt Bern arbeitet bereits seit einigen Jahren in diese Richtung und hat bei der Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit einen Schwerpunkt gesetzt.

Die gute konjunkturelle Lage sowie der heute breite Konsens haben zu einer wesentlichen Verminderung der Jugendarbeitslosigkeit und Verbesserung der Lehrstellensituation beigetragen.

Folgende Massnahmen laufen bereits:

Auf kantonaler Ebene wurde die Lehrstellenkonferenz ins Leben gerufen. Gesundheits-, Volkswirtschafts- und Erziehungsdirektion arbeiten zusammen zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit mit einem Angebot an zusätzlichen Lehrstellen, mit Reintegrationsmassnahmen von Sozialhilfeempfangenden und der Zielsetzung, dass alle Jugendlichen einen Abschluss auf der Sekundarstufe II erreichen. Die Erziehungsdirektion hat zusätzlich zu den bereits bestehenden Unterstützungs- und Begleitmassnahmen ein neues Projekt für den Aufbau eines Case Management erarbeitet.

Auch die Volksschule leistet ihren Beitrag zur Verbesserung der Lage. In der Direktion für Bildung, Soziales und Sport ist die Berufswahlvorbereitung ein Schwerpunktthema. Alle Schulen müssen für die Sekundarstufe I ein Berufswahlkonzept haben. Sie arbeiten dabei eng mit der Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung des Kantons zusammen. Bereits im siebten Schuljahr finden in den Klassen erste Standortbestimmungen statt mit dem Ziel, die Schülerinnen und Schüler mit einem Risiko zu identifizieren und ihnen den Zugang zu den Begleit- und Unterstützungsangeboten zu ermöglichen.

Es gibt sehr viele – auch massgeschneiderte – Angebote. Allerdings kann es sehr schwierig sein, das richtige Angebot für die unterschiedlichen Bedürfnisse der Schülerinnen und Schüler zu identifizieren und zu vermitteln. Die Einführung des Case Management wird hier Abhilfe schaffen.

Im Weiteren hat die Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung auf Anregung der Stadt Bern die beiden städtischen Mentoringprogramme „incluso“ und „Kamäleon“ unter das Dach des allgemeinen Mentoringprogramms „Junior Coaching“ gestellt und eine entsprechende Leistungsvereinbarung abgeschlossen. Stadt und Kanton sind damit gemeinsam verantwortlich für die Finanzierung dieses Angebots.

Das Kompetenzzentrum Arbeit (KA) hat zudem im Rahmen

- des Leistungsauftrags des beco – Berner Wirtschaft,
- der Beschäftigungs- und Integrationsangebote für Sozialhilfeempfangende (BIAS) gemäss Steuerkonzept der kantonalen Gesundheits- und Fürsorgedirektion,
- der „Strategien und Massnahmen zur Bekämpfung der (Jugend-)Arbeitslosigkeit 2005 – 2009 des Gemeinderats

folgende massgeschneiderte Unterstützungsangebote geschaffen, welche Jugendliche und junge Erwachsene begleiten und unterstützen, damit sie den Weg in eine berufliche Grundbildung und/oder in die Arbeitswelt schaffen:

- Eintritt in eine berufliche Grundbildung: Pilotprojekt inizio (2006 – 2009) – Akquisition und Vermittlung von Ausbildungsplätzen (Fokus: 2jährige Attestausbildung), bedarfsgerechte Unterstützung der Ausbildungsbetriebe während der Ausbildung und der Lernenden bei der Stellensuche am Ausbildungsende.
- Eintritt in eine berufliche Grundbildung oder Antritt einer Arbeitsstelle: Motivationssemester für Jugendliche und junge Erwachsene (15 – 25 Jahre) ohne Abschluss auf Sekundarstufe II; seit 2007 auch zugänglich für junge Erwachsene ab 18 Jahren mit Sozialhilfebezug
- (Re-)Integration in den Arbeitsmarkt: Beschäftigungs- und Integrationsangebote der Sozialhilfe (BIAS) für junge Erwachsene mit Sozialhilfebezug und mit Abschluss auf Sekundarstufe II.
- Früherkennung und Integrationsbeurteilung: Kurzabklärung im Programm MiniMax für junge Erwachsene mit Sozialhilfebezug – unmittelbar bei Eintritt in die Sozialhilfe; enge Zusammenarbeit zwischen Sozialdienst (Sektion Intake) und Kompetenzzentrum Arbeit (Sektionen Abklärung und Qualifizierung Jugend).
- Arbeitstraining, Coaching, Bildung: „Dock-In“ für junge Erwachsene mit Sozialhilfebezug; individualisiertes „Zubringerangebot“, zu BIAS und Motivationssemester.

Für das vom städtischen Gleichstellungsbüro durchgeführte Avanti-Projekt hat inzwischen die Pädagogische Hochschule Bern die Verantwortung übernommen und führt in Schulen regelmässig Avanti-Projektwochen durch, die junge Frauen an sogenannte Männerberufe im technischen und handwerklichen Bereich heranzuführen.

Lehrpersonen, Berufsberatungspersonen und Jugendarbeitende können „wisniñas“ über den christlichen Friedensdienst einladen. Zeitpunkt und Umfang des Treffens werden je nach Bedürfnis vereinbart.

Fazit

Die zuständigen Stellen aller drei politischen Ebenen sind sich einig, dass die Schnittstelle zwischen der Sekundarstufe I und der Sekundarstufe II zu einer Nahtstelle ausgestaltet werden muss. Die EDK und der Kanton Bern verfolgen das Ziel, alle Jugendlichen zu einem Abschluss auf der Sekundarstufe II zu führen. Um diese beiden Zielsetzungen zu erreichen, müssen die Jugendlichen individuell bedarfsgerecht begleitet und unterstützt werden. Idealerweise beginnen die nötigen Massnahmen im siebten Schuljahr und dauern bis zum Erreichen eines Berufsabschlusses auf der Sekundarstufe II. Die Einführung des Case Managements auf kantonaler Ebene soll dazu beitragen, die Koordination der vorhandenen Begleit- und Fördermassnahmen sicher zu stellen.

Stadt und Kanton arbeiten auf verschiedenen Ebenen sehr gut zusammen. In der Stadt sind einerseits das Schulamt und die Schulen für den Volksschulbereich zuständig. Andererseits ist im postobligatorischen Bereich das Kompetenzzentrum Arbeit massgeblich mitverantwortlich.

Der Gemeinderat stellt fest, dass die Stadt sich in hohem Mass für Empowerment-Projekte im Sinn der Motion einsetzt und die Förderungen des Vorstosses erfüllt sind. Die Motion ist daher abzuschreiben.

Antrag

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, die erheblich erklärte Motion als erfüllt abzuschreiben.

Bern, 11. Juni 2008

Der Gemeinderat